

Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **42 (1962-1963)**

Heft 3

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

RUNDSCHAU

DAMMBRUCH IN INDOCHINA?

Letzten Sommer sollte auf dem Zürcher Prinzentreffen und auf der Genfer Laokonferenz der Konflikt um den Kleinstaat im einstigen französischen Indochina gelöst werden; ein knappes Jahr später erreicht der Laokonflikt wieder einen Höhepunkt und führt der Weltöffentlichkeit erneut die gefährliche Unstabilität jener Gebiete Südostasiens vor Augen. Der Versuch, einen *neutralistischen Pufferstaat* an der fernöstlichen Front des kalten Krieges zu errichten, ist bis heute ohne Erfolg geblieben. Während sich in Genf Vertreter von 14 Staaten unter wechselndem britischen und sowjetischen Präsidium um eine friedliche Lösung bemühten, wurden in Laos auf beiden Seiten die Streitkräfte weiter aufgebaut. Anfang Mai eroberten die kommunistischen Truppen *Nam Tha*, Provinzhauptstadt nahe der chinesischen Grenze, und brachen so den seit einem Jahr bestehenden, allerdings wiederholt durchlöchernten Waffenstillstand. Washington reagierte auf diese letzte Aggression mit der *Landung von Truppen in Thailand*. Die 5000 Mann dieses «Militärbeistandskommandos Thailand» stehen unter General Harkins, der auch die amerikanischen Truppen in Südvietnam befehligt. Mit der Aktion soll das verbündete Thailand geschützt und das kommunistische Lager gewarnt werden — bei aller Verhandlungsbereitschaft sind die USA entschlossen, dem kommunistischen Vordringen einen Riegel zu schieben, ihre strategischen Positionen im Rahmen der SEATO und ihrer asiatischen Verpflichtungen zu wahren.

Der Streit der Prinzen

Es muß hier an das Treffen der drei Prinzen erinnert werden, die sich letztes Jahr in der Schweiz auf die Bildung einer *Regierung der Nationalen Union* einigten. Der neutralistische frühere Regierungschef *Souvanna Phouma*

sollte dabei die Ministerpräsidentschaft übernehmen; die Aufteilung der Schlüsselpositionen bereitete jedoch Schwierigkeiten. Der prowestliche Prinz *Boun Oum* erhebt auf die Ministerien für Verteidigung und Inneres (Polizei) Anspruch, die nach den Genfer Erwartungen eher zur Ministerpräsidentschaft gehören sollten. Der Halbbruder *Souvanna Phoumas*, Prinz *Souphanouong*, seinerseits hat mit kommunistischer Hilfe die schlagkräftige Truppe des *Pathet Lao* aufgebaut. Zusammen mit den Soldaten des Hauptmanns *Kong Le*, der auch immer mehr in kommunistisches Fahrwasser geraten ist, kontrolliert er mehr als zwei Drittel des Königreichs. Indem der Waffenstillstand an immer neuen Stellen geritzt und durchlöchert wird und die Subversion unter nordvietnamesischer und chinesischer Mitwirkung vordringt, droht auch die Stellung der prowestlichen Kräfte in der Hauptstadt Vientiane zunehmend gefährdeter und isolierter zu werden. Die starre Haltung Prinz Boun Oums und General Phoumi Nosavans gegenüber den zwei anderen Prinzen entspricht immer weniger der schwachen militärischen Position Vientianes — und den Intentionen des Westens —, und der eilige Rückzug der Regierungstruppen nach der Niederlage von Nam Tha wirkte in Washington als Alarmsignal für den bedenklichen Stand der Dinge. Die Moral der prowestlichen Truppe ist brüchig; an der Korruption in der politischen Führungsschicht hat sich wenig geändert. Darum wird es für Washington schwierig sein, seine militärische Hilfe an die laotische Armee ins Ungewisse hinein weiterzuführen.

Fallende Dominosteine?

Zu Zeiten Dulles' brauchte man für die prekäre Lage der Kleinstaaten Indochinas das Bild von den fallenden Dominosteinen: falle einer der Staaten dem aus Norden vordrin-

genden Kommunismus zum Opfer, so bringe sein Fall auch die Reihe der Nachbarstaaten zum Einsturz. Der Verlust von Laos müßte so auch *Kambodscha* und *Südvietnam* für die kommunistische Eroberung reif machen und den roten Strategen die Chance geben, *Thailand* von drei Seiten in die Zange zu nehmen. Es scheint heute, daß in der Administration Kennedy die Bereitschaft wächst, Laos preiszugeben, vielleicht auch zu teilen; erstens sind die Rechtskreise in Vientiane, die von Amerika unterstützt wurden, nicht in der Lage, die kommunistische Flut abzuwehren, und zweitens wollen die Leute um und hinter Boun Oum einen Kompromiß für die Regierungsbildung nicht annehmen. Dagegen sind jedoch Südvietnam und Thailand militärisch gestärkt worden. Man glaubt, daß sich verhängnisvolle Kettenreaktionen verhindern lassen; eine Bresche würde nicht den ganzen Damm zum Einbruch bringen.

In *Südvietnam* standen und stehen amerikanische Hilfskräfte, rund 7000 Mann, den Regierungstruppen im Kampf gegen die kommunistischen Guerillas bei. Unter Auswertung der Erfahrungen des Dschungelkrieges in Malaya und auf den Philippinen wurde die Offensive gegen die Vietcong-Einheiten aufgenommen, die mit nordvietnamesischer Hilfe in den Dschungeln operieren. Die zuversichtlichen Worte des amerikanischen Verteidigungsministers *McNamara*, der vor kurzem das Land besuchte, können allerdings nicht die Frage verdrängen, ob das amerikanische Engagement nicht Moskau und Peking Anlaß zu einer massiven Intervention geben könnte.

Das südvietnamesische Regime *Ngo Dinh Diem* bereitet den Amerikanern politische Probleme. Der aufgeklärte Diktator hat seit 1954 in seinem Lande weitgehend Ordnung geschaffen, eine Landreform durchgeführt und große Aufbauarbeit geleistet. Aber Vorwürfe des Nepotismus, der Korruption und selbst des Polizeiterrors werden immer wieder erhoben. Es gibt jedoch keine Alternative zu *Ngo Dinh Diem*, besonders in einem Augenblick, da der Dschungelkrieg gegen den Feind aus dem Norden mit neuer Intensität geführt wird.

Thailand und Laos

Mit der Stationierung amerikanischer Soldaten südlich des Mekong gegenüber Laos ist Thailand ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Thailand ist Mitglied der SEATO, der südostasiatischen Verteidigungsorganisation, die ihren Sitz in Bangkok, der thailändischen Hauptstadt, hat. Unter der autokratischen Herrschaft des Ministerpräsidenten Marschall *Sarit Thanarat* genießt es die Unterstützung der USA, die sich bemüht haben, den gefährdeten Nordosten des Landes zu stärken, der an Laos grenzt. Der *Mekong*, der bei Saigon ins Südchinesische Meer mündet, ist ja nicht nur Grenzfluß, sondern er verbindet auch an seinem Oberlauf die Völker, die an seinen beiden Ufern wohnen, Thailänder und Laotier. Daß General Phoumi Nosavan ein Neffe des Marschalls *Sarit* ist, illustriert die Verflechtung zwischen den südostasiatischen Staaten. Es erklärt auch, daß Bangkok hinter der Regierung in Vientiane steht und somit auch jenseits des Mekong seine eigene Unabhängigkeit verteidigt. Die militärische Präsenz der Amerikaner wirkt sich so auch auf der laotischen Seite des Flusses aus; eine Niederlage der prowestlichen Kräfte in Laos müßte auch ihre Folgen in Thailand haben.

Die *freie Welt* hat die amerikanische Aktion in Thailand begrüßt; selbst die britische Labourpartei stimmte in ihrer überwiegenden Mehrheit dem initiativen Handeln Washingtons zu. Symbolische Gesten der mit Washington verbundenen Staaten, die sich an der Aktion beteiligen, geben der Demonstration der US-Streitkräfte noch größeres Gewicht. Die SEATO hat sich bis jetzt nicht eingeschaltet; aber sie hat durch den Schritt Washingtons indirekt neues Leben erhalten. In Kommentaren hat man Kennedys Kombination von militärischer Bereitschaft und Verhandlungsbereitschaft mit der analogen Haltung in *Berlin* verglichen. Solche Vergleiche sind gefährlich: während in Berlin klare Grenzen gezogen sind und politische Systeme einander hart gegenüber stehen, sind im laotischen Königreich, diesem lebenswerten Rest einer untergehenden Welt, alle Übergänge fließend; das kleine Entwick-

lungsland verlangt eine andere Strategie als die exponierte Dreisektorenstadt.

Algerien unter der Fuchtel der OAS

Die Verhaftung *Joubauds* und *Salans* hat dem Terror der OAS kein Ende bereitet; im Gegenteil, die Zahl der Opfer der täglichen Sprengstoffanschläge, der Schießereien und der Lynchakte ist gestiegen. Die europäische Bevölkerung ist noch immer im Griff der Geheimbewegung; die Angestellten und Beamten, zur überwiegenden Mehrheit Franzosen, führen keine Anordnungen und Befehle aus, die sie dem OAS-Terror aussetzen könnten. Die provisorische Exekutive im Verwaltungszentrum *Rocher Noir* bei Algier faßt wohl Beschlüsse; aber angesichts des passiven und aktiven Widerstands der Beamtenschaft scheidet die Ausführung. Auch die Sicherheitsorgane unterwerfen sich häufig den Befehlen der OAS. Die Stadt Oran ist noch immer eine Hochburg des Kampfes für die *Algérie française*, und auch Algier droht erneut Terror und Chaos anheimzufallen.

Um trotzdem den Weg zum unabhängigen Algerien im Sinne der Abkommen von Evian vorzubereiten, hat die provisorische Exekutive die Termine für das *Plebiszit* über die Selbstbestimmung auf den 1. Juli und die Wahlen für die *algerische Nationalversammlung* auf den 22. Juli angesetzt. Paris und Rocher Noir nehmen die Kraftprobe mit der OAS auf und hoffen, aus der gefährlichen Zwischenphase herauszukommen, die sich zersetzend in der militärischen und zivilen Verwaltung auswirkt. Der Fall des Obersten *Argoud* ist für die bedenkliche Situation höchst aufschlußreich: der Parteigänger der OAS konnte während Wochen in Garnisonen in Frankreich und bei den in Deutschland stationierten Einheiten für die Sache der Rebellion gegen de Gaulle agitieren, ohne daß einer der Offiziere, mit denen er Kontakt aufgenommen hatte, Mitteilung von den Aufwiegelungsversuchen machte. Auch der Zeugen-aufmarsch im Prozeß gegen Exgeneral Salan

illustriert, wie die Führer der Subversion als Patrioten gepriesen werden.

Trotz der Provokationen der OAS hat sich die mohammedanische Bevölkerung bis heute zurückgehalten. Der FLN, der mit seinem Terror das Vorbild für die OAS gegeben hatte, hält sich zurück. Die algerische Exilregierung in Tunis bekennt sich, wie die französische Regierung, zu den Abkommen von Evian — Tatsachen, die für die künftige Entwicklung zu einer gewissen Zuversicht berechtigen. Nachrichten aus Algerien veraten allerdings, daß sich die *Truppen des FLN* nicht überall von den Zentren entfernt halten, sondern in voller Bewaffnung zirkulieren und ihre in französischem Dienst stehenden Landsleute zur Desertion auffordern. Dazu kommen die Unstimmigkeiten zwischen der Exilregierung und *Ben Bella*, der selber dem GPRA angehört, aber für einen harten, revolutionären Kurs eintritt. Je länger die Provokationen der Ultras andauern, um so schwieriger wird es sein, die Hitzköpfe auf algerischer Seite zurückzuhalten. Auf beiden Seiten sind Mißtrauen, Haß und Rachegefühle aufgestaut, die jederzeit in Gewaltakte und Massaker auszubrechen drohen.

Die unheilvollen Gewitter, die sich erneut am algerischen Horizont zusammenziehen, sind nicht dem Streit um die *Europapolitik de Gaulles* gleichzusetzen. Trotzdem kann die Konsequenz, mit der der General seinen integrationsfeindlichen Kurs steuert, für die Zukunft der europäischen und atlantischen Zusammenarbeit schwere Folgen haben. Die *fünf Volksrepublikaner*, die dem Kabinett Pompidou angehörten, nahmen Mitte Mai bereits ihren Austritt, nachdem de Gaulle sarkastische Kritik an der europäischen Integration geübt hatte. Die Kompromißvorschläge Adenauers und Fanfanis haben offenbar nichts gefruchtet. De Gaulle scheint mit der ihm eigenen Hartnäckigkeit unbeirrt seinen Weg zum «Europa der Vaterländer» weiterzugehen.

Picus

NOCH KEIN FRÜHLING IN BERLIN

Sogar die Natur sträubt sich in diesem Jahr gegen die traditionellen Gesetze, die den Ablauf der Jahreszeiten seit jeher regulierten. Bald ist der Mai zu Ende, aber in Berlin gab es noch keinen richtigen Frühling. Freilich hört man, daß es auch wo anders nicht besonders warm ist, aber hier an Ort und Stelle der Hauptkrise in der internationalen Politik wird alles, was in den anderen Regionen der Welt als naturgegeben erscheint, in Symbole umgedeutet, und wenn man an diesem Bild festhält, so kann man erwähnen, daß es trotz der Kühle im Wetter und in der Politik an stürmischen und gewittrigen Tagen nicht gefehlt hat.

Nach außen hin erweckt die Situation in Berlin den Eindruck einer erfolgreichen Stabilisierung, die man im Laufe von Monaten mühevoll erreichen konnte. Dennoch ist dieser Eindruck sehr trügerisch, weil unter den stillen und unbeweglichen Gewässern der öffentlichen Meinung und der Ost-West-Beziehungen gefährliche Strömungen vorhanden sind, die jederzeit Naturkatastrophen auslösen können. Mit anderen Worten, die sowjetisch-amerikanischen Sondierungsgespräche haben an der Substanz des Konflikts bisher nichts ändern können. Ihr einziger Vorteil besteht darin, daß die Weltmächte auf der Stelle treten und nichts unternehmen, was die Lage zu Gunsten der einen oder anderen Seite verändern würde. Beide Weltmächte haben sogar Schritte eingeleitet, die als Vorleistungen für den Abbau der Spannungen und eine Brücke zu einem eventuellen Kompromiß für eine Berlin-Regelung gedeutet werden können. Kennedy ließ seinen Beauftragten für Berlin, General Lucius Clay, in die USA zurückkehren, die Sowjetunion hat den Marschall Konjew aus der DDR abberufen, und zwischen den Kommandanten des amerikanischen und des sowjetischen Sektors, General Watson und General Solojew, die im Zuge der von Clay geprägten Politik im vergangenen Dezember in einen Prestigekonflikt geraten waren, bahnen sich seit Wochen Kontakte an, welche die Situation in Berlin den Sondierungs-

gesprächen auf der höheren Ebene anpassen sollen.

Dennoch besteht zwischen diesen mehr psychologischen als substantiellen Vorleistungen ein erheblicher Unterschied. Der Auftrag Konjews lautete, daß der Marschall mit seiner Präsenz an der Spitze der in Ostdeutschland stationierten Roten Armee mit dem abschreckenden Symbol seines Draufgängertums die Alliierten an irgendwelchen Aktionen gegen den brutalen Bruch der Viermächte-Abkommen über Berlin und einen gewaltsamen Anschluß Ostberlins an die DDR abhalten sollten. Diesen Auftrag hat er hundertprozentig erfüllt, denn das westliche Programm, mit dem die Amerikaner an die Sondierungsgespräche gingen, hat die Frage der Okkupation des Ostsektors von Berlin fallen gelassen und sie nicht einmal zu einem Preis für die eventuellen Zugeständnisse der Sowjetunion in der Frage der Zufahrtswege nach Westberlin erhoben. Der Bruch des Viermächteabkommens in Berlin steht überhaupt nicht mehr zur Debatte und ist stillschweigend anerkannt worden.

General Clays Mission war zweifellos von Kennedy als ein vorübergehendes psychologisches Manöver zur Beruhigung der Westberliner Bevölkerung gedacht, aber dies wurde nie ganz deutlich ausgesprochen, und infolge der großen Verdienste des Generals an dem Zusammenbruch der russischen Blockade der Stadt im Jahre 1948 ist um ihn eine Legende entstanden. Clays Anwesenheit in Westberlin war für die Mehrheit der Bevölkerung so etwas wie ein Sicherheitspfand, an dessen vorzeitiger Einlösung zum gegenwärtigen Datum niemand dachte. Deshalb wurde die Bevölkerung durch die schlecht geführte Regie Washingtons völlig überrumpelt. Das erklärt die kuriose Situation, die durch den Abgang Clays in Westberlin entstand und bis heute nicht ganz überwunden wurde, nämlich ein völlig unnötiger Schwund an jenem Vertrauen zu den Vereinigten Staaten, das in den letzten Monaten sowohl durch Clays Politik wie auch durch die Reise des Bruders des Präsidenten, des

Justizministers Robert Kennedy, wieder gefestigt worden war. Die plötzliche Abberufung des Antiblockade-Generals hat alle die Elemente der Unsicherheit wieder geweckt, die — wenn auch nicht ganz beseitigt — sich doch in schlummerndem Zustand befanden. Natürlich hat der durchschnittliche Berliner von der prekären Situation des Generals, dessen Ideen und praktische Maßnahmen häufig heftigen Widerstand bei den Auftraggebern in Washington hervorriefen, nichts gewußt. Er hatte auch eine sehr mangelhafte Information darüber, was sich auf dem Gebiet der Koordinierung zwischen den drei Besatzungsmächten abspielte und was auch Clay zu dem Rücktrittsgesuch bewogen hatte. Die Engländer und die Franzosen wollten von den Maßnahmen eines Sonderbeauftragten Kennedys, dessen Kompetenzen völlig unklar waren, wenig wissen. Daraus ergaben sich laufend Reibereien und Unstimmigkeiten, von denen nur die Sowjets profitieren konnten. So ist zum Beispiel der von Clay zweifellos inspirierte psychologische Krieg um die Wiederherstellung eines Teils des Viermächteabkommens, der schließlich zum völligen Bruch in den Beziehungen zwischen den sowjetischen und amerikanischen Stadtkommandanten geführt hat, von den zwei anderen alliierten Mächten völlig ignoriert worden. Während also Oberst und späterer General Solochjew den für die Ausländer limitierten Übergang an der Friedrichstraße nicht passieren durfte, weil die Amerikaner diese Repressalie als eine entsprechende diskriminierende Maßnahme verhängten, standen ihm die Übergänge zu den anderen Sektoren, die an sich von den Kommunisten nur für deutsche Passanten vorgesehen sind, offen, und er hat von dem Übergang zu dem britischen Sektor recht oft Gebrauch gemacht. So hat sich die einst recht gut zusammenspielende Koordinierung der Berlin-Politik hier an Ort und Stelle in den letzten Monaten in ein beschämendes Schauspiel der Desintegration verwandelt. Clay hat alle diese Schwierigkeiten in zunehmendem Maße selber erkannt und hat die einzig richtige Konsequenz gezogen, nämlich die Rückreise in die USA. Aber die Umstände, unter welchen sich sein Abgang abgespielt

hat, das heißt eine unnötige Geheimnistuerei auf der einen Seite und die überraschende Bekanntgabe dieses Entschlusses auf der anderen Seite, haben die erwähnten psychologischen Rückwirkungen auf die Stabilität der Moral Westberlins zur Folge gehabt.

Dann kamen die berühmten «Indiskretionen» über die amerikanischen Ideen, die von Washington für die Sondierungsgespräche mit Moskau entworfen wurden. Sie haben das ohnehin offenkundige Malaise erheblich verschlechtert, zumal sich in zwei aufeinanderfolgenden Wellen die Krise in den Beziehungen Bonn-Washington offenbart hat. Die tägliche Presse hat über diese Vorgänge wochenlang ausführlich berichtet, so daß man in diesem Berliner Bericht auf die Einzelheiten nicht einzugehen braucht. Aber im Zuge dieser Vorgänge hat sich doch gezeigt, daß wir im Verhalten des freien Westens zum Berlin-Konflikt mit der Sowjetunion mit grundverschiedenen Formen des historisch-psychologischen Denkens zu tun haben. Auf der einen Seite kommt die junge Mannschaft Washingtons an das diffizile diplomatische Werk mit Maßstäben heran, die sich über die reichen Erfahrungen der Kontinentaleuropäer im Umgang mit den Sowjets hinwegsetzen und von einem oft sprunghaften Pragmatismus gekennzeichnet sind. Von Berlin aus gesehen hat man den Eindruck, daß die vierzigjährigen Staatsmänner, welche über die Geschicke der amerikanischen Weltmacht entscheiden, zu einem globalen Denken neigen, in dem wichtige Details der europäischen und der besonderen Berlinsituation von untergeordneter Bedeutung sind. Die westdeutschen und die französischen Politiker scheinen nicht grundlos zu befürchten, daß bei einer solchen Konzeption Zugeständnisse auf Kosten des Westens gemacht werden könnten, die vom Standpunkt der amerikanischen Pragmatiker aus gesehen unwesentlich seien, im Blickwinkel der europäischen Interessen aber verheerend sein könnten. Diese Befürchtungen hat Konrad Adenauer während seines Berlin-aufenthaltes Anfang Mai ziemlich unverblümt ausgesprochen, was einen diplomatischen Erdbeben auslöste, der zwar inzwischen abgefangen werden konnte, aber als

ein politisches Phänomen dennoch sorgfältig beobachtet werden muß. Adenauer ist dadurch zum Sprecher des anderen historisch-philosophischen Denkens geworden, in dem sich die Befürchtungen der kontinentalen Europäer konstituieren. Grundsätzlich scheint es sich um ein Konzept zu handeln, dem die Idee der Bildung einer mehr selbständig wirkenden europäischen Komponente in der internationalen Politik vorschwebt. Dabei kommen natürlich auch die berechtigten Besorgnisse Bonns zum Ausdruck, daß die Verwirklichung der amerikanischen Ideen über eine Berlinregelung dem heutigen Status der Bundesrepublik und einem Einfluß Bonns auf das Weltgeschehen Schaden zugefügt werden könnte. Bestimmend sind dabei die staatsrechtlichen Elemente, auf denen die Bundesrepublik errichtet wurde und die in fast allen Vertragswerken zwischen Westdeutschland und den Alliierten eingebaut worden sind. Es geht um das Problem des Anspruchs der Bundesrepublik auf die Repräsentation des ganzen deutschen Volkes, um die Nichtanerkennung des Zonenregimes und um die Gleichberechtigung im NATO-Bündnis. Nicht ohne Grund mußte die westdeutsche Diplomatie den Verdacht schöpfen, daß, wenn die Sowjets sich mit den Amerikanern in den bilateralen Gesprächen auf einige Punkte einigen sollten, mit deren Hilfe die Zugangswege nach Westberlin erkaufte würden, der bereits erwähnte staatsrechtliche Grundgedanke gefährdet wäre. Diese Bedenken werden in Westberlin nicht ganz geteilt, weil die hiesigen Politiker davon ausgehen, daß man praktische Lösungen finden muß, welche die Lebensfähigkeit der Stadt und einen freien Zugang garantieren würden. Niemand denkt auf der verantwortlichen Seite in Westberlin daran, daß man die bestehenden Bindungen mit der Bundesrepublik durchschneiden könnte und die Stadt trotzdem existieren würde. Aber die Befürchtungen, die den Sondierungsgesprächen gelten, beziehen sich in Westberlin doch im wesentlichen auf andere Überlegungen als in Bonn. Man möchte alles vermeiden, was

die Anwesenheit der alliierten Truppen in Westberlin ändern würde und wendet sich entschieden gegen jeglichen Anspruch Moskaus, bei einem eventuellen neuen Status für Westberlin das Mitspracherecht zu erhalten. Genauso stark sind die Widerstände gegen eine solche Zusammenstellung der geplanten internationalen Kontrollbehörde für die Zugangswege, welche die heutige Situation nur verschlimmern würde. In Westberlin hält man nichts davon, daß die neutralen Staaten, wie die Schweiz, Österreich oder Schweden, eine Schlüsselposition in der etwaigen Kontrollbehörde einnehmen könnten. Am liebsten würde man eine Internationalisierung der Zufahrtswege mit einem klar formulierten Abkommen sehen, in dem nach wie vor die vier Okkupationsmächte die alleinige Verantwortung tragen würden. Daß man aber davon mehr als je entfernt ist, darüber scheint hier in den politischen Kreisen kein Zweifel zu bestehen. Man registriert seit geraumer Zeit, daß die Sowjetunion den ostdeutschen Staat als den Hauptkontrolleur in einer derartigen Behörde einbeziehen will, damit er mit übergeordneten Kompetenzen ausgestattet ist. Wenn das vom Westen akzeptiert würde, würde sich die ohnehin bereits anormale Situation auf der Autobahn und den Eisenbahnstrecken, wo die Zivilreisenden vogelfrei sind, nur verschlimmern. Auf der anderen Seite fragt man sich hier, wie sieht es mit dem Konzept der Westmächte und der Bundesrepublik für den Fall aus, daß die Sowjetunion die soviel gepriesenen Sondierungsgespräche unterbricht und den wiederholt verschobenen separaten Friedensvertrag mit dem Zonenregime abschließt? Würde dann in einem solchen Fall der jetzt einigermaßen unter Druck gehaltene Berlinkessel nicht explodieren? Oder würde sich dann die mangelhafte Koordinierung der westlichen Politik nicht wiederum in einer solchen Ohnmacht wie am 13. August 1961 manifestieren? In diesem Dilemma lebt eigentlich Westberlin in diesem kalten Frühling.

Alexander Korab

Heroischer Sozialismus?

Zum Auftakt der Maifeierlichkeiten wurde am 28. April auf dem Zürcher Werdplatz eine monumentale Plastik von Bildhauer Werner F. Kunz enthüllt, die unter dem Motto «Befreiung» der Idee der Arbeiterbewegung symbolischen Ausdruck verleihen soll. Das Standbild zeigt in einem Stil, der in seiner Mischung von Expressionismus und «sozialistischem Realismus» als recht anti-quietert scheint, einen jungen Mann mit entblößtem Oberkörper, der offenbar im Begriffe ist, die Fesseln seiner über das Haupt erhobenen Fäuste mit geballter Kraft zu sprengen. Als Donatorin zeichnet eine sozialistische Aktionsgemeinschaft; die Stadt Zürich übernahm die wahrscheinlich nicht gerade billige Herrichtung des Standorts, und Bundesrat Spühler ließ es sich nicht nehmen, bei der Einweihung die Festansprache zu halten.

Difficile est satiram non scribere! Jede politische Bewegung hat das Recht, ihre geschichtlichen Verdienste gebührend zu würdigen und der Nachwelt in angemessener Form in Erinnerung zu rufen. Was aber hat dieser monumentale «Gefangene» mit der schweizerischen Sozialdemokratie zu tun? Während in Zürich die Öffentlichkeit mit diesem bombastischen Heroisierungsversuch der Arbeiterbewegung beglückt wurde, stand im Hinblick auf den gleichen 1. Mai in der Basler «Arbeiter-Zeitung»: «An unsern (roten) Fahnen klebt kein Blut... Die Schweizer Arbeiter haben nicht einmal in den allerdramatischsten Augenblicken ihre Besinnung verloren. Wir denken an den Generalstreik, der mit den Forderungen nach dem Nationalratsproporz, dem Achtstundentag und der Altersversicherung weiß Gott keine unmöglichen Ziele gesteckt hatte.» Dieses Selbstbildnis der Arbeiterbewegung sieht sehr viel weniger heroisch aus. Und was vollends den bundesrätlichen Redner am Werdplatz selbst betrifft, so hat er in seiner geradezu «bourgeois» Blitzkarriere doch wohl kaum je Stricke, geschweige denn Fesseln zerrissen...

Der moderne Klassenkampf

Ging der Kampf der Arbeiterschaft in der Vergangenheit um die materielle Besserstellung, so geht er heute um die Sicherung der Privilegien, die andere Erwerbsgruppen nicht — oder längst nicht mehr — haben. Während heute der «kapitalistische» Nationalrat im gutbürgerlichen Mittelklassenwagen nach Bern fährt, weil er es sich nicht anders leisten kann oder weil er fürchtet, sonst in der Öffentlichkeit als Plutokrat apostrophiert zu werden, sind für die sozialistischen Führer nur die schwersten Wagen schwer genug. Um so großzügiger allerdings suchen sie allfällige Opferchen zugunsten einer vernünftigen Konjunkturdämpfung ganz auf die Arbeiterschaft abzuwälzen.

Diese Entwicklung hat indessen den kaum hoch genug zu schätzenden Vorzug, daß sich die politisch organisierte Arbeiterschaft mit dem Staat, in dem es ihr so gut geht, weitgehend identifiziert. Das ist gerade im Hinblick auf die kommenden Auseinandersetzungen mit den EWG-Staaten von außerordentlicher Bedeutung. Man möchte aber doch hoffen, daß diese «Integration» mit der Zeit auch zu einem verstärkten Solidaritätsgefühl gegenüber andern Volksschichten führt. Der Klassenkampf ist endgültig überholt — selbst in der heutigen rein opportunistischen Form. Es bleiben uns noch genug Sorgen; wir müssen uns nicht künstlich Probleme und Gegensätze schaffen.

Alarmierender Personalmangel in der Landwirtschaft

Um auf wirtschaftlichem Gebiet zu bleiben: es ist unbestrittene Tatsache, daß zwischen wirtschaftlicher und politischer Struktur enge Zusammenhänge bestehen. Der Wille zur Unabhängigkeit unseres Volkes gründet im Freiheitsdrang des Einzelnen. Und dieser Selbstbehauptungswille manifestiert sich immer auch in einem hohen Prozentsatz der wirtschaftlich Selbständigen. Hier zeichnet sich in jüngster Zeit eine bedenkliche Entwicklung ab. Zwischen 1950 und 1960 ist der

Anteil der Selbständigerwerbenden um volle 50 000 zurückgegangen, wobei die Landwirtschaft mit einer Verminderung um 26 000 oder mehr als 15 Prozent besonders schwer betroffen ist. Man wird dabei zwar berücksichtigen müssen, daß im Gefolge der regen Bautätigkeit auch die Fläche des bewirtschafteten Kulturlandes zurückgegangen ist und daß die Betriebe teilweise mechanisiert worden sind. Aber gerade die Mechanisierung ist in vielen Fällen nicht aus Gründen der Wirtschaftlichkeit, sondern als behelfsmäßiger Ausgleich des krassen Personalmanagements erfolgt. Sie stellt oft alles andere als eine Verbesserung der Rentabilität dar.

In der Mainnummer des «Kirchenboten für den Kanton Zürich» schreibt E. Straub unter dem Titel «Kritische Zeiten für den Bauernstand»: «Als Hauptursache für die Unzufriedenheit der bäuerlichen Bevölkerung ist wohl der Mangel an Arbeitskräften zu nennen. Ungezählten Gesprächen mit Bauern kann ich entnehmen, daß die unbefriedigenden Einkommensverhältnisse leichter zu ertragen wären, wenn sich Bauern und Bäuerinnen einmal eine Verschnaufpause gönnen könnten.» Da dieses Problem zum Teil mit den besonderen Arbeits- und Lohnverhältnissen in der Landwirtschaft zusammenhängt, läßt es sich nur bei entsprechender struktureller Sanierung wirklich lösen. Was man aber zur Linderung dieser Notstände sofort tun kann, das sollte angesichts der staatspolitischen Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges ohne Zögern getan werden. Zum Beispiel wäre schon manchem Bauer wenigstens etwas geholfen, wenn er in der Zeit der Ernte zusätzliche Helfer hätte. Auch Behörden und Schulen sollten deshalb die vor kurzem angelaufene Propagandaaktion für den freiwilligen Landdienst mit Nachdruck unterstützen.

Ein neuer «Graben»?

Während mit der «Verbürgerlichung» der Arbeiterschaft auch der Graben zwischen den «Klassen» zu einer bloßen, recht künstlich aufrechterhaltenen Furche geworden ist, hat die Volksabstimmung vom 1. April über die Atomverbotsinitiative nach der Meinung vieler Beobachter einen neuen Graben ent-

stehen lassen. Aus dem Resultat ist ein Gegensatz von staatspolitischer Tragweite zwischen Deutsch- und Welschschweiz herausgelesen worden. Nun bestehen gewiß bestimmte Unterschiede in der Mentalität und der politischen Optik. Die «Graben»-These hält indessen einer nüchternen Betrachtung nicht stand. Ganz abgesehen davon, daß sich die Befürworter von den unterschiedlichsten Motiven leiten ließen, wobei die Ablehnung der bewaffneten Neutralität zweifellos nur bei der extremen Linken und einigen pazifistischen Idealisten den Ausschlag gab, hat auch das arithmetische Bild des Abstimmungsresultats keineswegs den Charakter eines eindeutigen Plebiszits. Von den befürwortenden Kantonen hatte einzig Neuenburg eine Stimmbeteiligung von knapp über 50 Prozent. Wenn zum Beispiel in Genf von den 37,3 Prozent der Stimmberechtigten, die an die Urne gingen, 60,6 Prozent ein Ja einlegten, so bedeutet dies, daß lediglich 20 Prozent der Stimmbürger zu den entschiedenen Befürwortern gehörten. Wenn solche Zahlen auch vorsichtig interpretiert werden müssen, so ist doch völlig eindeutig, daß von einer «geschlossenen Stellungnahme der romanischen Schweiz» keine Rede sein kann, daß also auch der «Graben» wenigstens zum Teil eine Konstruktion schlecht informierter Beobachter ist. — Der Fall zeigt einmal mehr, daß man sich gerade in solchen Fragen vor voreiligen Verallgemeinerungen hüten soll.

Die Schweiz im subversiven Krieg

Die jüngsten Spionageaffären haben erneut gezeigt, daß die Neutralität kein politisches Ruhekitzel ist. Auch unser Land ist von den Bolschewisten in die Strategie des subversiven Revolutionskriegs einbezogen. Hier kann nur größte Wachsamkeit in Permanenz, verbunden mit ständiger systematischer Aufklärung helfen. In diesem Zusammenhang sei auf die wegen ihrer klaren Gliederung und knappen Formulierung besonders wertvolle Studie einer Arbeitsgemeinschaft der Offiziersgesellschaft Basel-Stadt hingewiesen, die unter dem Titel «Die Schweiz im subversiven Krieg» im Verlag Paul Haupt, Bern, erschienen ist. Darin wird ein Satz von Lenin

zitiert, der unsere Aufgabe in einer Art und Weise indirekt umschreibt, wie es auch ein «bürgerlicher Propagandist» nicht besser könnte: «Eine in sich gefestigte Nation, in klarer Ordnung, mit gesunden sozialen Verhältnissen, ist gegen revolutionäre Propaganda und Staatsstreich immun.»

Die umstrittene UN-Anleihe

Der Antrag des Bundesrates an die eidgenössischen Räte, die Schweiz solle sich an der Anleihe der Vereinigten Nationen mit 1,9 Millionen Dollar beteiligen, ist auf erhebliche Opposition gestoßen, die dem Vernehmen nach bis in die Reihen des Bundesrates selbst hineinreicht. Die Opponenten machen, gewiß zu Recht, geltend, daß die UN mit ihren laufenden politischen Mißerfolgen die Erwartungen nicht erfüllt habe und außerdem mit den finanziellen Mitteln in einer Art und Weise umgehe, die in Widerspruch zu den Prinzipien eines gesunden Verwaltungshaushalts stünden.

Die Angelegenheit weist indessen zwei politische Aspekte auf, die auch für unser Land von grundsätzlicher Bedeutung sind. Zunächst stellt sich, wie Richard N. Gardner in seinem Aufsatz «Können die Vereinigten Nationen überleben?» in dieser Nummer der Schweizer Monatshefte mit Recht bemerkt, bei einer Beurteilung der UN vor allem die Frage nach der Alternative. Gewiß ist sie unvollkommen und gewiß hat sie immer wieder versagt. Man muß sich aber überlegen, wie sich die Dinge in den letzten Jahren ohne das Verhandlungsforum der UN abgespielt hätten. Und dann wird man zum Schluß kommen, daß das Weiterbestehen dieser Institution von weltweitem Interesse ist und daß sie daher auch unsere Unterstützung verdient.

Dazu kommt noch ein weiterer Punkt. Unsere Regierung hat in den letzten Jahren in Übereinstimmung mit dem Schweizervolk neben der Staatsmaxime der Neutralität immer auch die Solidarität unseres Landes mit allen aufbauenden Kräften der Umwelt betont. Aus diesem Grundsatz erhält die Neutralität in der Sicht des Auslandes ein Großteil ihrer inneren Legitimität. Die ersten amerikanischen Reaktionen auf den Beschluß

des Bundesrates zeigen deutlich, daß die schweizerische Beteiligung an der Anleihe als ein praktischer Beweis dieser Haltung betrachtet würde. Das ist ein Gesichtspunkt, der im Hinblick auf die kommenden schwierigen Phasen der Integrationsverhandlungen ins Gewicht fällt. Wir sind auf das Verständnis und den guten Willen gerade der USA in beträchtlichem Maße angewiesen, wenn wir eine unseren Vorstellungen angemessene Lösung dieses lebenswichtigen Problems erreichen wollen.

Das erste Opfer

Am 10. Mai wurde das erste Teilstück der Nationalstraße Bern–Zürich, die Grauholzstraße in der Nähe der Bundesstadt, in Anwesenheit von Bundesrat Tschudi feierlich eröffnet. An die erste Durchfahrt der 7,6 km, von denen ein Meter mehr als 3000 Franken kostet, schloß sich ein fröhliches Volksfest an. — Weniger als 72 Stunden später forderte die neue Straße schon ihr erstes Todesopfer. Damit wurde auf drastische Weise demonstriert, was man bereits auf Grund ausländischer Erfahrungen vermuten mußte: die Autobahnen werden zwar vermehrten Fluß in unseren Straßenverkehr bringen. Der hohe Blutzoll der letzten Jahre — 1960 wurden in der Schweiz bei Verkehrsunfällen 35 701 Personen verletzt und 1303 Menschen getötet — wird aber wohl bestehen bleiben. Die Perfektionierung der technischen Hilfsmittel potenziert zugleich die Möglichkeit menschlicher Fehlleistungen. Und diese Fehlleistungen haben unter den heutigen Verhältnissen selbst bei geringstem subjektiven Verschulden oft verheerende Folgen. Die besten Straßen und die raffiniertesten Wageneinrichtungen bieten keinerlei Sicherheit vor menschlichen Versehen und Unachtsamkeiten. Da sie größere Geschwindigkeiten geradezu herausfordern, bieten sie im Falle von Fehlleistungen im Gegenteil besonders gefährliche Voraussetzungen für Unfälle mit tödlichen Folgen. Das Unglück auf der Grauholzstraße ist eine ernste Mahnung an alle Verkehrsteilnehmer. Mit den verbesserten Verhältnissen wächst auch ihre Verantwortung. Vorsicht und Rücksicht allein können hier weiterhelfen. *Spectator*

In der ersten Maiwoche 1962 fanden sich gegen neunzig junge Leute aus 25 Ländern zum traditionellen Frühjahrsseminar in Montana ein. 40 Schweizer und 50 Gäste, sie alle aus den jungen Staaten Asiens und Afrikas, debattierten unter der Obhut der Groupes universitaires des relations internationales / Schweizer Kontaktgruppe und des Redressement National, das nochmals großzügig die finanziellen Mittel bereitgestellt hatte. Wie schon in den vorangegangenen Seminarwochen beschränkte sich der Teilnehmerkreis auf eine Auswahl der jungen Generation, die hier in der Schweiz ihren Studien obliegt. Unterhielt man sich vor zwei Jahren über schweizerische Institutionen und letztes Jahr in Magglingen über Wege der technischen Hilfe, so standen während des Seminars 1962 die Genossenschaften als Entwicklungsmodell im Vordergrund. Die früheren Themen hatten mancherlei Explosivstoff enthalten, der sich auf gewisse Stichworte hin — Neokolonialismus, Kuba und andere — geräuschvoll entlud. Anders in der Montana-Woche, wo Schweizer und Ausländer ernsthaft und freundschaftlich, aber auf weite Strecken hin leidenschaftslos ihre Gespräche führten. Gewiß, mitunter brachen Gegensätze auf, aber die Fronten waren nicht zum voraus abgesteckt, und von kontinental gefärbten Lagern konnte nicht die Rede sein. Darf man das als hoffnungsvollen Auftakt begrüßen, wird er dereinst auf höherer Ebene den drohenden «internationalen Klassenkampf» zwischen reichen und armen Völkern entgiften? Jedenfalls hat sich gezeigt, daß, je sachlicher und konkreter die Themen sind, desto nüchterner auch das Gespräch zwischen Partnern aus kulturell, wirtschaftlich und politisch polaren Welträumen verläuft.

*

Die jungen Gäste ließen zunächst einen Reigen durchwegs gelungener Referate und Vorträge an sich vorüberziehen. Er setzte mit der reich facettierten *Schilderung des historischen Wallis* aus dem Munde des Schrift-

stellers *Maurice Zermatten* ein. Vor den Zuhörern entstand ein Bild des halbfeudalen und wirtschaftlich stagnierenden Landesteils, aus dem binnen 80 Jahren das heute blühende Wallis herauswuchs. Auch hier waren, wie jetzt in Asien und Afrika, Entwicklungsprobleme von hohem Schwierigkeitsgrad, allerdings geographisch eng begrenzt, zu lösen.

Dann erläuterte Dr. *Hans Dietiker*, Leiter des Genossenschaftsseminars VSK (Muttenz), in eindringlichen, ganz den Praktiker verratenden Worten *Kaderbildung und Genossenschaftsprobleme*, wie sie sich heute namentlich in Entwicklungsländern stellen. Er ging von den Erfahrungen aus, die er am Genossenschaftsprojekt des VSK in Dahomey nun während Jahren sammeln konnte. Der Referent verstand es auch, einige ernüchternde Ratschläge an die junge Elite Asiens und Afrikas einzuflechten. Er beschwor die unheilvolle Entfremdung von den einheimischen Massen herauf, der bereits viele junge, im Ausland geschulte Funktionäre erliegen. Gewaltige Lohnunterschiede und ein Kulturgefälle, das zu wenig bewußt verarbeitet wird und sich oft auf ein bloßes Nachäffen europäischer Unsitten beschränkt, sind die Ursachen. Die ernste Aufmerksamkeit der jungen Gäste bewies, daß Dr. Dietiker verstanden worden war.

Am folgenden Tag entwickelte *Vincent Gbikpi* ein genossenschaftliches Modell für junge Staaten, wobei der Afrikaner, hoher Beamter im Internationalen Arbeitsamt, vor allem auf den *staatlichen Beitrag als auslösendes Moment* hinwies. Sein witzig kommentiertes Schema ging vom staatlichen Plan aus; ihm entspringen Genossenschaftsministerien mit Scharen emsiger Beamter, die sich dann an die Massen wenden sollten, um unter ihnen die genossenschaftliche Gesinnung liebevoll heranzuzüchten. Aber bald schon wären, so nahm der Referent an, Koordinationsausschüsse — von der regionalen bis hinauf zur interministeriellen Ebene — vonnöten, um den Strom des genossenschaftlichen Elans zu lenken. Es scheint, daß hier Parkinsons Gesetz zu Gevatter stand. Gbikpi plädierte

zwar unbedingt für eine weitgetriebene Planung, wies indessen alle totalitären Maßnahmen von sich.

Paul Hohl, Sektionschef beim Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement, sprach über die *Rolle der FAO* an der Front gegen den Hunger in der Welt. Nach seiner Ansicht werden Hungerkatastrophen, trotz der drückenden regionalen Mangellagen, bis gegen die Jahrtausendwende gebannt sein. Aber schon sieht Hohl die Menschheit vor das weit schwierigere internationale Wohnproblem gestellt, und zwar vor allem deshalb, weil heute noch kein Ende der fortschreitenden Bevölkerungsexplosion abzusehen ist.

Besonders aufschlußreich war der Bericht von Dr. *Hans Rob*, Direktor des kantonalen «Office des recherches économiques»; ihm war es gelungen, gegen 60 *Industriebetriebe in die Walliser Täler* zu vermitteln, mit dem Erfolg, daß die Landflucht beinahe schlagartig aufhörte und viele Kleinbauern das Existenzminimum überschritten. Im Wallis — als einziger Schweizer Region — nehmen die bäuerlichen Kleinbetriebe wieder langsam zu, was vielleicht nicht alle Agrarexperten begeistert, aber sozial- und staatspolitisch gewiß begrüßt werden darf. Jedenfalls zeigten sich die Gäste aus jenen zahlreichen Ländern sehr beeindruckt, wo ebenfalls unterbeschäftigtes Landvolk darauf wartet, wirtschaftlich eingesetzt zu werden.

Schließlich führte Nationalrat *Roger Bonvin*, selber einer der Pioniere des modernen Wallis, auf dem Gelände der «Grande Dixence» in *Probleme der Wasserkraft und Infrastruktur* ein. Dank einem klug gefaßten Wasserrecht und im Zuge der industriellen Erschließung kamen Arbeit und Verdienst in die hintersten Täler. So wenig wie beim Fremdenverkehr dürfen die damit verbundenen Gefahren für das seelische Wohl der Bevölkerung verharmlost werden. Aber Aufklärung und gesundes, wenn auch keineswegs feindseliges Mißtrauen wirken zersetzenden Einflüssen entgegen.

*

Zahlreiche *Exkursionen* lockerten das Vortragsprogramm angenehm auf und machten

das Gehörte am Walliser Beispiel anschaulich. Man besuchte etwa die landwirtschaftliche Schule, eine kooperative Bergsennerei im reizvollen Val d'Anniviers oder die genossenschaftlich geprägte Provins-Zentrale. Andere Besuchsfahrten konfrontierten die Teilnehmer mit Wirtschaftsformen, die nicht eigens in Vorträgen behandelt worden waren. Darunter nennen wir die Besichtigung des blühenden, auf dem Wege der Automation rasch fortschreitenden Aluminiumwerkes Chippis. Als vielversprechendes Beispiel notierten die ausländischen Gäste noch *Métalléger S. A.*, einen Mittelbetrieb bei Siders, der ausgewählte Arbeiter an Eigentum und Leitung des Betriebs teilhaben läßt.

Auch der *Kontakt mit den Wallisern* kam nicht zu kurz; manch einer mag als Fendant-Experte in sein Studium zurückgekehrt sein, da es sich einige Gemeinden nicht nehmen ließen, die internationale Schar mit einem Glas aus dem Dorfkeller willkommen zu heißen. Besonders fröhlich verlief ein Schlußabend, der in Sittener Familien begann, wo zwei und zwei zu Nacht speisten, und mit den Töchtern der Gastgeber am einfachen, aber hochgemuten Ball endete.

*

Einen breiten Raum nahmen natürlich auch *Diskussionen* ein, die teils den Referaten im Plenum folgten, teils während festgelegten Stunden in kleinen internationalen Gruppen stattfanden.

So schieden sich die Geister einmal mehr an der Frage, ob Staat oder Einzelner die wirtschaftliche Entwicklung anzuführen habe. Man einigte sich dann darauf, daß besonders in den sogenannten Entwicklungsländern, wo ein tragfähiger Mittelstand noch fehlt, gewisse Staatseingriffe vorderhand unentbehrlich scheinen. Aber gerade im Fall der Genossenschaften warnten junge Afrikaner vor Zwangsvorstellungen, die alles Heil vom planenden Staat erwarten. Sie begrüßten im Gegenteil das Konzept, welches der VSK in Dahomey zu verwirklichen trachtet; es beginnt ganz unten und rechnet damit, daß es

kleinen, wirtschaftlich ertragreichen Genossenschaften gelingt, den Gedanken privater Selbsthilfe zu verbreiten. Nicht zuletzt dürfte *eine* erstrebte Folge sein, daß im Spiel der Genossenschaftsregeln wertvolles demokratisches Gedankengut erstarkt und die einheimische Führerschicht an Umfang zunimmt.

Bei der Wohnfrage wiesen verschiedene Votanten darauf hin, wie eng und schicksalhaft Kulturerziehung und Wohnhygiene zusammenhängen. Wenn der Referent etwa beklagte, daß die Mohammedaner nicht in neue, saubere Quartiere einziehen wollten, so replizierte ein junger Algerier mit dem berechtigten Vorwurf, es gälte zuerst die Planungsfehler auszumerzen. Aus religiösen Gründen lasse kein Muselmane zu, daß seine Frau durch Außenfenster «besichtigt» werde... also keine gläsernen Außenfronten, sondern Innenhöfe.

Wir lassen es bei diesen beiden Streiflichtern bewenden; die meisten Anregungen, von der genossenschaftlichen Expertenwahl bis zur weitgetriebenen Geburtenkontrolle, welche in den Referaten zum Vorschein ka-

men, wurden ausgiebig erörtert und international verglichen.

*

Wiederum freuten sich die Teilnehmer am lebendigen Gedankenaustausch, der völkerverbindend durch die burgartigen Gemäuer von «La Moubra» wogte. Der menschliche Kontakt, in der munteren Klausur dieser Privatschule angebahnt, bedeutet mehr als wissenschaftliche Ergebnisse oder Resolutionen, von denen man bewußt absah. Daß die Studenten damit auf dem richtigen Weg sind, beweisen wohl am besten jene Kontaktgruppen, die seit dem ersten Seminar in den Universitätsstädten entstanden und den kameradschaftlichen Umgang mit den ausländischen Kommilitonen weiterführen.

Heute, wo die Schweiz ihrer Aufgabe als internationale Stipendienggeberin zusehends gewahr wird, gilt es erst recht, das menschliche Klima des Ausländerstudiums sorgfältig zu pflegen. Dazu haben wohl die drei vergangenen Frühjahrsseminare schon einen Beitrag geleistet, den man nicht unterschätzen darf.

Peter Studer

DER LEIDENSWEG DER MILITÄRISCHEN WAFFEN- UND SCHIESSPLÄTZE

Die Schweiz hat mit der Truppenordnung 1961 ihrer Armee eine neue, zweckmäßige Organisationsform gegeben und ist fortlaufend bestrebt, Bewaffnung und technische Ausrüstung der Armee zu verbessern und deren Feuerkraft zu verstärken. Entsprechende Vorlagen finden nicht nur die Zustimmung der Räte; es kommt sogar vor, daß die Bundesversammlung größere Mittel bewilligt, als der sparsame Bundesrat verlangt (mittelkalibrige Fliegerabwehrwaffen)¹. Die Beschaffung der großen Mittel für die Verstärkung der Landesverteidigung bereitet in unserer Zeit der Hochkonjunktur und der Überbeschäftigung keine Schwierigkeiten. Aber die gleiche Hochkonjunktur, welche die Finanzquellen des Bundes reichlich flie-

ßen läßt, bringt der militärischen Landesverteidigung in anderer Hinsicht neue Schwierigkeiten. Der Mangel an Arbeitskräften bewirkt jährlich eine Flut von Dispensationsgesuchen für Wehrmänner, die zur Rekrutenschule, zur Kaderausbildung oder zum WK aufgeboden sind und an ihrem Arbeitsplatz angeblich nicht entbehrt werden können.

Die Hauptsorge bilden die militärischen Waffen- und Schießplätze, über deren Lage sich der Bundesrat schon 1957 wie folgt äußerte:

«Auf keinem Gebiet militärischer Tätigkeit sind die tatsächlichen Verhältnisse so stark hinter der technischen Entwicklung zurückgeblieben wie in dieser Frage. Während die Armee in den letzten zehn bis zwan-

zig Jahren einen bisher nie dagewesenen technischen Ausbau erlebte, haben in diesem Zeitraum die Übungsplätze eine nur geringe Erweiterung und Anpassung erfahren, die in keinem Verhältnis zur technischen Entwicklung der Armee stehen. Gleichzeitig sind die Schwierigkeiten, die sich bei der Suche nach Truppenübungsplätzen zeigen, ständig gewachsen. Heute nehmen die Möglichkeiten der Neuschaffung von Waffenplätzen oder auch nur der Vergrößerung bestehender Plätze im gleichen Verhältnis ab, wie das durch die modernen Waffen und Geräte bewirkte Bedürfnis nach zusätzlichem Übungsraum wächst².»

Die Schwierigkeiten bestehen zunächst auf den Waffenplätzen für die Ausbildung der Rekruten und Kader, weil sie vorwiegend in Städten liegen und zum Teil aus diesen hinausgenommen und in die Nähe günstiger Übungs- und Schießgelände verlegt werden müssen. Die Schwierigkeiten zeigen sich sodann auf den Schieß- und Übungsplätzen, die sowohl von Rekrutenschulen wie auch von den im WK stehenden Truppen der Feldarmee benützt werden müssen. Während vor 3 und 4 Jahrzehnten praktisch noch überall im Lande herum Gefechtsschießen einer Füsilierkompagnie mit Unterstützung schwerer Maschinengewehre durchführbar waren, kommen heute, angesichts der Entwicklung der Bewaffnung, nur noch wenige geeignete Gebiete in Frage. Die Gegenden, die ein kombiniertes Scharfschießen mit Infanteriewaffen und Artillerie in einem einigermaßen vernünftigen taktischen Rahmen ermöglichen, haben Seltenheitswert. Während in früheren Jahrzehnten geeignetes Übungs Gelände ohne Schwierigkeiten auf Grund von Art. 33 der Militärorganisation beansprucht werden konnte, bestehen heute für die meisten Schieß- und Übungsplätze besondere Verträge zwischen der Eidgenossenschaft und den Grundeigentümern, welche die militärische Benützung dieser Gebiete genau regeln. Die seit Jahren bestehenden Schwierigkeiten richten sich nicht nur gegen die Schaffung neuer Waffen- und Schießplätze, sondern ebenso gegen den Betrieb und einen zeitgemäßen Ausbau bestehender Anlagen oder Vertragsgebiete.

Die Schwierigkeiten in der Beschaffung des für die Armee benötigten Geländes gehen auf verschiedene Gründe zurück.

«Die wirtschaftliche Bedeutung unseres Grund und Bodens ist heute viel ausgeprägter als noch vor wenigen Jahren. Ganz allgemein ist ein ausgesprochener Landhunger festzustellen. Der Boden ist rar geworden, und so ist es verständlich, daß diejenigen, die ihn besitzen, ihn nicht hergeben möchten oder dann nur zu außerordentlichen Preisen. Den wirtschaftlichen Vorteilen, welche ein Waffenplatz einer Gegend bringt, werden bei der heutigen Hochkonjunktur nicht mehr die gleiche Bedeutung beigemessen wie früher.» Ein Ausweichen in die weniger besiedelten Alpen und Voralpen ist nur in beschränktem Maße möglich, «da in diesen Gebieten der klimatischen Verhältnisse wegen während eines großen Teils des Jahres keine Truppenausbildung möglich ist und in den Sommermonaten auf die Alpwirtschaft und den Fremdenverkehr Rücksicht genommen werden muß³.»

Zu diesen allgemeinen Gesichtspunkten kommt in immer stärkerem Maße der Bau von Ferienhäusern und Nationalstraßen, die Errichtung von Seilbahnen, Skiliften, Hochspannungsleitungen und Kraftwerken sowie Rücksichten auf die zivile Luftfahrt, die in zunehmendem Maße die Benützung bisheriger Schieß- und Übungsplätze einschränken oder unmöglich machen und der Errichtung neuer Schießgebiete im Wege stehen.

Im weiteren wirken sich die Vorschriften der Forst- und Jagdwirtschaft sowie Rücksichten auf den Natur- und Heimatschutz hemmend und beschränkend aus.

Bei der Errichtung von Werken, die einer eidgenössischen Konzession bedürfen, besteht wohl für militärische Instanzen die Möglichkeit der Einsprache, doch müssen aus Rücksicht auf zivile Interessen vielfach weitgehende Zugeständnisse gemacht werden. Von der Anwendung des Bundesgesetzes über die Enteignung für die Errichtung eines Waffen- oder Schießplatzes war bis jetzt aus innenpolitischen und psychologischen Gründen überhaupt nicht die Rede⁴. Die Eidgenossenschaft beschränkt sich auf den freihändigen Erwerb des nötigen Grund

und Bodens, auf die Pacht kantonaler Waffenplätze oder auf die vertragliche Regelung der Benützung von Schießplätzen in privatem Eigentum.

Die Situation auf unseren Waffen- und Schießplätzen, die den Anforderungen an die Ausbildung unserer Truppen nicht mehr genügen, ist im allgemeinen bedenklich. Besonders schlimm steht es um die Ausbildungsmöglichkeiten der Panzertruppen, für die überhaupt zweckmäßige Schieß- und Ausbildungsplätze fehlen. Schulen und WK-Truppen sind auf die Benützung von Waffenplätzen angewiesen, die für andere Truppen eingerichtet wurden und den Bedürfnissen der Panzertruppen nur wenig entsprechen. Sie ermöglichen am einen Ort die Fahrausbildung, an einem anderen die Schießausbildung aus dem stehenden Panzer, aber es fehlt überhaupt die Möglichkeit des Scharfschießens aus dem fahrenden Panzer. In dieser Hinsicht wird auch die Errichtung eines Panzerübungsplatzes in der Ajoie keine Änderung bringen; er ist lediglich für die Schulung der Zusammenarbeit zwischen Panzern und Begleittruppen bestimmt; unter Ausschluß von Scharfschießen. Der Waffenchef der Mechanisierten und Leichten Truppen schildert die Hauptschwierigkeit bei der Verbandsausbildung der Mechanisierten Truppen wie folgt:

«Wir müssen uns bewußt sein, daß wir gezwungen sein werden, nur ganz bestimmte Ausschnitte im Rahmen ein und derselben Übung zu bearbeiten. So werden wir auch auf den größten Übungsplätzen nur die gefechtstechnische Schulung der Einheiten und Bataillone betreiben können. Übungen in freier Führung werden auf diesen Plätzen nur mit Zügen und in ganz beschränktem Umfang mit Kompagnien durchgeführt werden können. — Für größere Übungen sind wir nach wie vor darauf angewiesen, die Übungsplätze zu verlassen. Dies wiederum ist nur mit Attrappen möglich⁵.»

Die kritische Lage auf dem Sektor der Ausbildungs- und Schießplätze veranlaßte den Ausbildungschef der Armee, an der Generalversammlung der Schweizerischen Offiziersgesellschaft im Juni 1961 in Freiburg bewegte Klage zu führen über die

«hartnäckige Verständnislosigkeit und den Egoismus», auf die die verantwortlichen Stellen allzu oft stoßen, wenn sie sich um die Erhaltung oder Neuschaffung von Ausbildungsplätzen und Schießplätzen für die Armee bemühen. Die Sorgen sind so groß, daß der Ausbildungschef manchmal an der wirklichen Entschlossenheit unserer Mitbürger und oft auch der zivilen Behörden zweifelt, das Ihre zur Ermöglichung unserer Landesverteidigung beizusteuern. «Alle Anstrengungen für eine Modernisierung der Armee sind letzten Endes nutzlos, wenn die Armee nicht über die Einrichtungen sowie über die Schieß- und Übungsplätze verfügt, die eine richtige Ausbildung der Truppen ermöglichen». Der Ausbildungschef sah sich angesichts der kritischen Situation zu einem dringenden Aufruf veranlaßt, «denn wenn wir nicht ein Minimum an Schieß- und Übungsplätzen erwerben können, welche für rein militärische Zwecke reserviert bleiben, dann wird eine Ausbildung der Armee bald nicht mehr möglich sein⁶!».

Die alarmierende Lage zwingt den Bundesrat, das Problem einmal in seiner Gesamtheit zu behandeln und öffentlich festzustellen, daß in einer vernünftigen Rangordnung der verschiedenen Interessen den Gesichtspunkten der Landesverteidigung eine primäre Rolle zukommt, unter Berücksichtigung des Bedarfs an geeigneten Ausbildungs- und Schießplätzen für unsere Truppen. Wäre es nicht möglich, daß sich auch der Landesverteidigungsrat einmal mit diesem dringenden Problem befaßt und ein Gutachten ausarbeitet? Würde die Stellungnahme zu derartigen Konflikten zwischen militärischen und zivilen Interessen nicht eine besonders dankbare Aufgabe für den Landesverteidigungsrat bilden?

Die Bundesbehörden sollten bei der Erwerbung von Waffen- und Schießplätzen handlungsfähiger sein und größere Befugnisse besitzen, als dies heute der Fall ist. Welche großen und verblüffenden Erfolge bei zielbewußtem und raschem Handeln möglich sind, hat das Vorgehen der Zürcher Militärbehörden bei der Landbeschaffung für eine Verlegung des Waffenplatzes Zürich ins untere Reppischtal gezeigt⁷. Könnten die

Bundesbehörden für die Beschaffung von Waffen- und Schießplätzen nicht in vermehrtem Maße die kantonalen Behörden einspannen und ihre positive Hilfe und Mitarbeit in Anspruch nehmen? Wenn andererseits kantonale Regierungen und Parlamente der Errichtung von Waffen- und Schießplätzen Widerstand leisten, sollte sich der Bundesrat, entgegen der bisherigen Praxis, entschließen, gelegentlich seine Pläne durchzusetzen, wenn nötig unter Anwendung des Enteignungsrechtes.

Zum Glück ist jetzt das Problem der Schieß- und Übungsplätze von der Schweizerischen Offiziersgesellschaft bearbeitet worden⁸. Major Sigmund Widmer behandelte es in der militärischen Fachpresse⁹. Erfreulicherweise bildet dieses Problem auch Gegenstand eines parlamentarischen Vorstoßes im Nationalrat¹⁰. Schließlich ist seither eine entsprechende Eingabe des Zentralvorstandes dem Chef des EMD unterbreitet worden.

Vor allem ist die Frage der pachtweisen Benützung von Schieß- und Übungsplätzen im Ausland, zum Beispiel im französischen Jura, ernsthaft zu prüfen. Leider ist die bereits in unserer Märznummer 1957, S. 987, enthaltene diesbezügliche dringende Forderung seinerzeit ungehört verhallt. Sie wurde lediglich in der Rubrik «Berner Splitter» der «Nationalzeitung» ins Lächerliche gezogen¹¹. Auch Oberstleutnant O. Aepli hat nachgewiesen, daß gegen eine Benützung aus-

ländischer Übungsplätze durch schweizerische Truppen staats- und völkerrechtlich nichts einzuwenden wäre¹². In dem bereits erwähnten Artikel von Major Widmer wird das Problem der ausländischen Übungsplätze ebenfalls behandelt.

Unsere Neutralität verpflichtet uns zu einer Landesverteidigung, die jeder Verletzung der Neutralität entgegenzutreten kann. Dazu braucht sie nicht nur die nötige Bewaffnung und technische Ausrüstung, sondern auch die entsprechende kriegsähnliche Ausbildung auf geeignetem und ausreichendem Übungsgelände.

Miles

¹Bundesbeschuß vom 13. 12. 61 über die Verstärkung der terrestrischen Fliegerabwehr, Bundesblatt 1961, Bd. II, S. 1365. ²Botschaft vom 26. 8. 1957, BBl. 1957, Bd. II, S. 381, und Geschäftsbericht 1957, Abschnitt Militärdepartement. ³Botschaft 26. 8. 1957, BBl. 1957, Bd. II, S. 381. ⁴Vgl. Schweizer Monatshefte, Juni 1956, S. 230. ⁵Allg. Schweiz. Militärzeitschrift, Januar 1962, S. 12. ⁶Schweiz. Polit. Korrespondenz, 2. 6. 1961. ⁷NZZ, Nr. 4125 vom 3. 11. 61. ⁸Revue Militaire suisse, April 1962, S. 203/204. ⁹Allg. Schweiz. Militärzeitschrift, Januar 1962, S. 21 ff. ¹⁰Interpellation NR. Siegmann vom 22. 3. 62. ¹¹Nationalzeitung, 10. 3. 57. ¹²Allg. Schweiz. Militärzeitschrift, April 1958, S. 241 ff.